



Die Verfassung ernst nehmen

-

Andrew P. Napolitano

- Letzte Woche hat der Präsident der Vereinigten Staaten die Verfassung nicht ernst genommen. Er ordnete die Ermordung von 11 Menschen an, die in einem Schnellboot in der Karibik, etwa 1.300 Meilen von den USA entfernt, unterwegs waren.

Später sagte er, er habe dies getan, weil er glaubte, dass sie Mitglieder einer „narco-terroristischen Bande“ seien und illegale Drogen nach Amerika lieferten. Er habe dies auch als „Botschaft“ an andere Drogenhändler getan, die ein ähnliches Schicksal zu befürchten hätten.

Das Boot hatte keine Möglichkeit, die USA zu erreichen. Nach Angaben des ehemaligen Leiters der Drogenbekämpfungsabteilung des Justizministeriums ist diese sogenannte Bootsbande nicht für den Handel mit illegalen Drogen bekannt. Die Verbrechen, die diese Leute nach Ansicht des Präsidenten begangen haben, sind nicht in den USA begangen worden, und selbst wenn sie begangen worden wären, würde dies nicht die Verhängung der Todesstrafe rechtfertigen.

Er hat keine Beweise für seine Behauptungen vorgelegt und nicht einmal angedeutet, dass die Bootsfahrer eine Bedrohung für die amerikanischen Militärangehörigen darstellten, die sie getötet haben. Er konnte nicht sagen, ob jemand in dem Boot ein Amerikaner war.

Auf die Frage nach der rechtlichen Grundlage für diese Tötungen antwortete Präsident Donald Trump, diese Leute führten Krieg gegen die USA, und da er der Präsident der Vereinigten Staaten sei, könne er mit ihnen machen, was er wolle.

Dies sind verfassungsrechtlich ignorante, moralisch verwerfliche und zutiefst falsche Antworten von einer Person, die einen Eid auf die Verfassung geleistet hat.

Die historische Vorgeschichte

Wenn sich britische Monarchen unbequemer Gegner entledigen wollten, beschuldigten sie sie oft vager Verbrechen, da sie das Verbrechen nach eigenem Gutdünken definieren konnten. Thomas More, der ehemalige Lordkanzler Heinrichs VIII., wurde wegen seines Schweigens hingerichtet. Die Zielperson des Monarchen erhielt einen schnellen Prozess und dann oft einen langsamen und qualvollen öffentlichen Tod – um eine Botschaft zu senden.

Thomas Jefferson und James Madison, die Gründerväter, die am meisten für die Herausbildung des amerikanischen Ethos der natürlichen Rechte und des Rechtsstaatsprinzips verantwortlich sind, waren sich der tyrannischen Impulse der Monarchen bewusst, kannten die britische Geschichte und wussten sogar persönlich von Leuten in den Kolonien, die in London – wo sie nie gewesen waren – wegen Verbrechen angeklagt und zur Strafverfolgung dorthin gebracht wurden.

So bezeichnet Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung die Menschenrechte als ein Geschenk des Schöpfers, das nicht durch ein Dekret der Exekutive oder einen Erlass der Legislative aufgehoben werden kann – sondern nur durch ein Urteil der Geschworenen.

Und Madisons Worte im fünften Zusatzartikel der Verfassung besagen, dass „niemandem ... das Leben, die Freiheit oder das Eigentum ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren entzogen werden darf“. Die Verwendung des Wortes „Person“ macht deutlich, dass ein ordentliches Verfahren für alle Menschen gilt.

Ein ordnungsgemäßes Verfahren erfordert ein faires Schwurgerichtsverfahren mit Rechtsbeistand und der Möglichkeit der Konfrontation von Zeugen und Beweisen, die von der Regierung vorgelegt werden. Es verlangt auch, dass die Schuld ohne begründeten Zweifel und mit moralischer Gewissheit vor einer neutralen Jury und nicht vor dem Ankläger bewiesen wird. Und es erfordert eine Verurteilung vor der Verhängung einer gesetzlich vorgeschriebenen Strafe.

Das war 1791, als die Bill of Rights ratifiziert wurde, neu und radikal, aber es ist heute weder neu noch radikal. Heute ist das ordentliche Gerichtsverfahren die Grundlage des amerikanischen Rechts. Juristen bezeichnen es als „black-letter law“: Von den Regierungsmitgliedern wird erwartet, dass sie es kennen und verstehen und sich daran halten.

Bis jetzt.

Die verfassungswidrigen Ansprüche des Präsidenten

Nun sagt der Präsident, er könne jeder Person oder Gruppe den Krieg erklären und sie kurzerhand töten. Das ist falsch. Nach der Verfassung kann nur der Kongress den Krieg erklären.

Nun sagt der Präsident, er könne Bundesmittel verwenden, wie er es für richtig hält, solange er argumentieren kann, dass ihre Verwendung dem Allgemeinwohl dient. Das ist falsch. Nach der Verfassung ist er darauf beschränkt, die Gesetze durchzusetzen, die der Kongress erlassen hat, und die Kriege zu führen, die der Kongress erklärt hat.

Nun sagt der Präsident, dass einige Leute als so böse bekannt sind, dass sie hingerichtet werden können, bevor sie Verbrechen begehen. Das ist falsch. Aufgrund des umfassenden Wortlauts des fünften Verfassungszusatzes haben alle Menschen Anspruch auf die Unschuldsvermutung, das Recht auf ein Schwurgerichtsverfahren und den damit verbundenen Schutz durch ein ordnungsgemäßes Verfahren, wenn sie von der Regierung verfolgt werden.

Lektionen aus der Geschichte

Die amerikanische Geschichte ist voll von Beispielen für verfassungsfeindliches Verhalten von Präsidenten. John Adams verfolgte Leute wegen ihrer Rede. Abraham Lincoln verhaftete seine Kritiker ohne Gerichtsverfahren. Woodrow Wilson verfolgte Studenten, weil sie die Unabhängigkeitserklärung vor den Einberufungsbüros lasen. Franklin Roosevelt ließ Amerikaner aufgrund ihrer Ethnie inhaftieren. George W. Bush begann mit der massenhaften Überwachung ohne richterlichen Beschluss. Barack Obama ermordete gewaltlose, nicht angeklagte Amerikaner im Jemen.

Hat irgendetwas davon die persönliche Freiheit oder die öffentliche Sicherheit verbessert? Nein, natürlich nicht. Aber es hat die öffentliche Angst vor einem Tyrannen im Weißen Haus verstärkt.

Fazit

Der zugrundeliegende Verfassungswert – der von Trump und seinen Vorgängern angegriffen wird – ist, dass der Einzelne souverän und die Regierung begrenzt ist. Das war die einhellige Annahme der Gründerväter bei der Gründung der amerikanischen Republik. Der Einzelne ist frei, seine natürlichen Rechte auszuüben, und die Regierung ist durch die Zustimmung der Regierten und die Verfassung, die sie definiert und – in Anlehnung an Jefferson – festgeschrieben hat, begrenzt.

Aber um die Regierung in die Knie zu zwingen, muss man die Verfassung ernst nehmen. Und das erfordert, dass diejenigen, in deren Hände wir die Verfassung zur Aufbewahrung gegeben haben, sie lesen, verstehen, sich an sie halten – und ihren Eid erfüllen, sie zu bewahren, zu schützen und zu verteidigen.

Haben wir heute solche Leute an der Macht? Die Antwort ist offensichtlich.

Solange wir das nicht tun, wird es wahrscheinlich noch schlimmer werden. Einige mögen die außergerichtliche Tötung von namenlosen, gesichtslosen, ausländischen Bösewichten, die zum Zeitpunkt ihres Todes nicht an Gewalttaten

beteiligt waren und nicht einmal wegen eines Verbrechens angeklagt wurden, in Friedenszeiten als Grund zur Freude sehen. Sie mögen sich heute freuen, doch sie werden weinen, wenn der Präsident oder ein Nachfolger die Tötung der rechtlich Unschuldigen nach Hause bringt.

QUELLE: TAKING THE CONSTITUTION SERIOUSLY